
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Herrn Ausschussgeschäftsführer
Ole Schmidt o.V.i.A.

Postfach 7121
24171 Kiel

Fachschaftsliste

c/o AStA der CAU Kiel
24098 Kiel

www.fali.uni-kiel.de
info@fali.uni-kiel.de

Kiel, 29. Januar 2010

Mitbestimmung von Studierenden sowie Schülerinnen und Schülern

Stellungnahme der Fachschaftsliste Hochschulgruppe (FaLi) zur Anfrage des Bildungsausschusses vom 14.12.2009, Verfasser: Ingo Kolar.

1. Einleitung

Die Fachschaftsliste versteht sich als verlängerter Arm der Fachschaften im Studierendenparlament (StuPa) und Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA). Wir stellen seit zwei Jahren die stärkste Gruppe im AStA und konnten bei den letzten StuPa-Wahlen die meisten Stimmen erringen. Als Gruppe setzen wir uns für an der jeweiligen Thematik orientierte, pragmatische Lösungen, frei von parteipolitischen Überlegungen ein.

Wir finden es grundsätzlich positiv, dass sich die beiden Parteien zu der Thematik äußern, möchten aber gleichzeitig ein weiteres Engagement im Sinne der Anträge anmahnen. Die vielfältigen Probleme werden wahrscheinlich nicht durch diese Anträge zu lösen sein, deswegen bitten wir um weiteres Engagement.

Insbesondere die Finanzierung der Hochschulen muss endlich erhöht werden. Alle strukturellen Änderungen sind sinnlos, solange nicht mehr Gelder in die Bildung investiert werden. Dies muss dauerhaft geschehen und nicht nur durch kurz- und mittelfristige Programme, wie zum Beispiel die Hochschulpakete.

2. Reichen die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Mitbestimmung von Studierenden aus Sicht der Studierendenvertretungen im Hochschulgesetz aus? In diesem Zusammenhang wird um Stellungnahme zu den Gremien Hochschulrat (§19 Hochschulgesetz), Universitätsrat (§20 Hochschulgesetz) und Senat (§21 Hochschulgesetz) gebeten. Insbesondere deren Zusammensetzung und Kompetenzverteilung. Gibt es konkrete Vorschläge zur Verbesserung der gesetzlichen Mitbestimmung von Studierenden?

- Beim Senat sprechen wir uns für eine Änderung der Sitzverteilung hin zu einer paritätischen Besetzung aus. Zu diesem Zweck unterstützen wir das von Benjamin Raschke ausgearbeitete Modell des „erweiterten Senats“ (siehe Anhang). Außerdem wäre es wünschenswert, wieder mehr Kompetenzen nach dem Subsidiaritätsprinzip zurück auf Konvente und Institute zu verlagern. Die Entscheidungen sollten unserer Meinung nach dort getroffen werden, wo sie anschließend auch ihre Wirkung entfalten.
- Wir plädieren dafür, die beiden Gremien Universitätsrat und Hochschulrat wieder abzuschaffen, da sie lediglich hohe Kosten verursachen, die Autonomien der Hochschulen beschränken und keine wirklichen Kompetenzen besitzen. Die Vergangenheit hat bereits bewiesen, dass Entscheidungen dieser Gremien in der Politik keine Berücksichtigung finden. Sollten diese Gremien allerdings fortbestehen, müssten die Studierenden **und** Universitätsleitungen stärker eingebunden werden. Die zentrale Forderung ist hier, die beratenden Stimmen von StudierendenvertreterInnen und Hochschulleitungen in richtige Stimmen mit Stimmrecht umzuwandeln. Des Weiteren wäre eine Reisekostenerstattung für StudierendenvertreterInnen sinnvoll.

3. Wurden die Studierendenvertretungen bei den Umsetzungen der aktuellen Reformen in Landesrecht und an den Hochschulen ausreichend einbezogen?

- Die Antwort auf diese Frage lautet eindeutig: Nein!
- Auf Landesebene hatte die verfasste Studierendenschaft zwar die Möglichkeit, eine Stellungnahme mit in den Entscheidungsprozess einzubringen, diese wurde allerdings von den entscheidenden Stellen bei der Ausarbeitung nicht berücksichtigt.
- Auf Institutsebene, bei der konkreten Ausarbeitung der jeweiligen Studiengänge, wurden die Studierenden auch nicht ausreichend berücksichtigt. Die jeweilige Beteiligung war maßgeblich von den InstitutsleiterInnen abhängig und konnte von der Teilnahme an Sitzungen bis zur völligen Nichtbeachtung reichen. Hier gibt es dringenden Regelungsbedarf in Form von Satzungen, die eine gerechte Beteiligung der Studierenden regeln.

4. Wie gut sind die Rahmenbedingungen für studentische Vertretungsarbeit? Wird das Engagement von Studierendenvertretungen ausreichend im Studienverlauf berücksichtigt? Gibt es aus Studierendensicht konkrete Verbesserungsvorschläge?

- Die aktuelle Raumnot an den Universitäten behindert studentisches Engagement derzeit stark. Dies gilt besonders für Fachschaften, die ohne Räume keine Beratungen oder

Besprechungen durchführen können. Außerdem fehlen (mindestens an der CAU) feste Tagungsräume für Hochschulgruppen, den AStA und das Studierendenparlament. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

- Ehrenamtliche Arbeit an den Universitäten muss besser anerkannt werden. Denkbar sind hier vor allem die Anrechenbarkeit auf das Bafög oder die Gewährung von Freisemestern. Für AStA- und Fachschaftsarbeit sind die Verhältnisse mit 3:1 und 4:1 sehr schlecht und stehen in den neuen Studiengängen aufgrund der kurzen Dauer sogar ganz zur Disposition. Für Konvente, Ausschüsse, Tätigkeiten im Studentenwerk und andere Gremien gibt es derzeit noch überhaupt keine Richtlinien. Eine Anrechnung im Verhältnis 1:1 ist dringend geboten.
- Der Bundesfinanzhof traf im vergangenen Jahr eine katastrophale Entscheidung, als er die ASten mit Bundes- und Landesregierungen verglich und urteilte, dass AStA-Mitglieder nicht als Ehrenämter, sondern als ArbeitnehmerInnen der Studierendenschaft anzusehen seien. Diese Entscheidung geht völlig an den Realitäten vorbei und behindert die Arbeit von AStA und StuPa. Aufgrund des jetzt geltenden Arbeitsrechts können AStA-Referenten zum Beispiel nicht mehr richtig gewählt/abgewählt werden. Aus den gleichen Gründen kann das StuPa seiner Kontrollpflicht nicht mehr richtig nachkommen. Das Urteil führt ferner zu einem gewaltigen Verwaltungsaufwand, der gerade von kleineren ASten nicht zu stemmen ist. Eine Änderung wäre hier dringend notwendig! Die beste Lösung wäre hier aus unserer Sicht, die Arbeit in der universitären Selbstverwaltung im Rahmen der Übungsleiterpauschale gesetzlich zu verankern.
- Bis vor einigen Jahren bekamen die politischen Hochschulgruppen einmal im Semester finanzielle Unterstützung durch das Land, aus den sogenannten RPH-Mitteln (Ring politischer Hochschulgruppen). Da gerade die Hochschulgruppen ohne parteipolitische Bindung Probleme haben, die nötigen Mittel für zum Beispiel Flyer und Plakate für Veranstaltungen aufzubringen, wäre es sinnvoll diese in der Höhe nicht sehr großen Förderungen, vielleicht sogar im Rahmen einer Stiftung, wieder einzuführen.
- Die Möglichkeit einer flexibleren Stundenplangestaltung ist zwingend notwendig, um ehrenamtliches Engagement besser mit dem Studium vereinbaren zu können.

5. zusätzliche Anmerkung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Eine Finanzierung der ASten durch Landesmittel sehen wir kritisch, da diese dadurch ihre Unabhängigkeit verlieren könnten. Derzeit finanzieren sich die Asten durch Solidarbeiträge selbst. Für die Schülervertretungen wäre dies allerdings sinnvoll, da diese keine eigenen Finanzmittel besitzen.

6. Zusätzliche Anmerkung zum Antrag der Fraktion Die Linke

- Wir lehnen die Wiedereinführung der alten Studiengänge ab. Diese waren aus unserer Sicht zwar gut, wir müssen uns allerdings mit den Realitäten abfinden und nach vorne schauen. Die neuen Ba/Ma-Studiengänge müssen dringend in Richtung einer (besseren) Studierbarkeit hin umgearbeitet werden. Das Prinzip der Zweistufigkeit lehnen wir nicht

ab, bei den neuen Studiengängen müsste allerdings besonders im Bachelor die Wissenschaftlichkeit wieder mehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Außerdem müsste es einen grundständigen Master für Lehramtsstudierende und in den Fächern Jura, Medizin und Psychologie geben, falls die Abschlüsse in diesen Fächern in Zukunft eingeführt werden sollten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'T. Langguth', with a stylized flourish at the end.

i.A. Tobias Langguth
(Vorstand)

Anhang:

Modell, erweiterter Senat (PDF)

Vertreter_innen aus der Gruppe der

-  Professor_innen
-  wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen
-  Studierenden
-  nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter_innen

Änderungsvorschlag

Präsidium

- Präsident_in
- Vizepräsident_innen
- Kanzler_in



- Struktur- und Entwicklungsplan
- Zielvereinbarungen
- Erstellung des Haushaltsplans
- ProfessorInnenberufung
- Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen
- Forschungsbericht

wählt
kontrolliert Geschäfte

Zustimmung
Zustimmung
Beschlussfassung

Stellungnahme
Entscheidung
Zustimmung



Forschungsschwerpunkte
Besondere Forschungsprojekte

§
Verfassung und Satzungen der Universität

beschließt

Zustimmung
Stellungnahme